eine Ausnahme erteilt hat, erforderlich sei ein neuer fehlerfrei gefasster Satzungsbeschluss.⁶⁷

Nach Auffassung des OVG Koblenz⁶⁸ kann die Gemeinde hingegen auch hinsichtlich des Biotopschutzes in eine „Befreiungslage“ hineinplanen. Eine Gemeinde habe ein Rechtsschutzinteresse für eine Feststellungsklage, ob die tatbestandlichen Voraussetzungen für eine Ausnahme- oder Befreiungslage vorliegen. Im konkreten Fall konnte sich die Festlegung „Vorranggebiet Wohnen“ im Raumordnungsplan nicht gegenüber dem gesetzlichen Biotopschutz durchsetzen. Raumordnerische Ziele entfalten keine Bindungswirkung bei der Ermessensausübung im Zusammenhang mit der Ausnahmeerteilung. Es sei auch nicht verfassungsrechtlich geboten, dem gemeindlichen Planungsinteresse in jedem Fall Vorrang zu geben.

Einen Weg für einen pragmatischen Verfahrensablauf zeigt ein Urteil des VG Arnsberg auf: danach ist es zuläs-

sig und sinnvoll, wenn die Gemeinde bereits im Planaufstellungsverfahren eine naturschutzrechtliche Ausnahme erwirkt; als dinglicher Verwaltungsakt wirke diese Ausnahme auch zugunsten des Bauherrn bei Realisierung des Bebauungsplans.⁶⁹

Möglicherweise bewirkt der Gesetzgeber eine Klärung dieser Rechtsfragen. In §30 Abs. 4 BNatSchG-E ist eine Klarstellung vorgesehen, dass eine Gemeinde für einen Bebauungsplan einen Ausnahme vom gesetzlichen Biotopschutz beantragen kann.

67) VGH Mannheim, Urt. v. 13.6.1997 – 8 S 2799/96, NuR 1998, 146.

68) OVG Koblenz, Urt. v. 12.12.2007 – 8 A 10632/07.OVG, NuR 2008, 119 mit Bespr. Kopf, NuR 2008, 396.

69) VG Arnsberg, Urt. v. 2.6.2004 – 1 K 552/02, NuR 2005, 338.

BLICKPUNKT EUROPA

DOI: 10.1007/s10357-009-1695-1

Anhängige Klagen vor dem Europäischen Gerichtshof

**Vorabentscheidungsersuchen vom 20.3.2009
– C-105/09 – und vom 23.3.2009 – C-110/09 –**

Vorlagefragen

Gehört das Programm zur Verwaltung des Stickstoffs für die als gefährdet ausgewiesenen Gebiete, dessen Aufstellung Art. 5 Abs. 1 der Richtlinie 91/676/EWG des Rates vom 12.12.1991 zum Schutz der Gewässer vor Verunreinigung durch Nitrat aus landwirtschaftlichen Quellen vorschreibt, zu den Plänen oder Programmen im Sinne von Art. 3 Abs. 2 Buchst. a der Richtlinie 2001/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27.6.2001 über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme, die in den Bereichen Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei, Energie, Industrie, Verkehr, Abfallwirtschaft, Wasserwirtschaft, Telekommunikation, Fremdenverkehr, Raumordnung oder Bodennutzung ausgearbeitet werden, und setzt es den Rahmen für die künftige Genehmigung der in den Anhängen I und II der Richtlinie 85/337/EWG aufgeführten Projekte?

Gehört das Programm zur Verwaltung des Stickstoffs für die als gefährdet ausgewiesenen Gebiete, dessen Aufstellung Art. 5 Abs. 1 der Richtlinie 91/676/EWG vorschreibt, zu den Plänen oder Programmen im Sinne von Art. 3 Abs. 2 Buchst. b der Richtlinie 2001/42/EG, bei denen angesichts ihrer voraussichtlichen Auswirkungen auf Gebiete eine Prüfung nach den Art. 6 oder 7 der Richtlinie 92/43/EWG [FFH-RL] für erforderlich erachtet wird, insbesondere wenn das fragliche Programm zur Verwaltung des Stickstoffs auf alle ausgewiesenen gefährdeten Gebiete der Région Wallonne Anwendung findet?

Gehört das Programm zur Verwaltung des Stickstoffs für die als gefährdet ausgewiesenen Gebiete, dessen Aufstellung Art. 5 Abs. 1 der Richtlinie 91/676/EWG vorschreibt, zu den nicht unter Art. 3 Abs. 2 der Richtlinie [2001/42/EG] fallenden Plänen oder Programmen, durch die der Rahmen für die künftige Genehmigung von Projekten gesetzt wird und in Bezug auf die die Mitgliedstaaten nach Art. 3 Abs. 4 in der in Abs. 5 vorgesehenen Weise darüber befinden müssen, ob sie voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen haben?

Kommission ./. Irland (4.2.2009, C-50/09)

Klagegründe und wesentliche Argumente

Nichtumsetzung von Art. 3 der Richtlinie 85/337/EWG des Rates vom 27.6.1985 über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten.

Nach Auffassung der Kommission bezieht sich Section 173 der Planning and Development Regulations 2001 (Verordnungen aus dem Jahr 2001 über Raumplanung und -entwicklung), wonach die Planungsbehörden die Erklärung über die Auswirkungen auf die Umwelt (EAU) und Angaben von Befragten berücksichtigen müssen, auf die Verpflichtung aus Art. 8 der Richtlinie, die gemäß den Art. 5, 6 und 7 der Richtlinie eingeholten Angaben zu berücksichtigen. Section 173 entspreche nicht der umfassenderen Verpflichtung aus Art. 3 der Richtlinie, sicherzustellen, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) alle Fragen identifiziere, beschreibe und bewerte, auf die in dieser Vorschrift Bezug genommen werde.

Zu den Art. 94, 108 und 111 sowie Schedule 6 der Planning and Development Regulations 2001 führt die Kommission aus: Art. 94 in Verbindung mit Schedule 6.2(b) führe die Angaben auf, die eine EAU enthalten müsse. Dies sei ein Verweis auf die Angaben, die der Projektträger gemäß Art. 5 der Richtlinie vorzulegen habe. Sie sei deswegen von der UVP zu unterscheiden, bei der es sich um das gesamte Prüfungsverfahren handle. Nach den Art. 108 und 111 müssten die Planungsbehörden prüfen, ob eine EAU den Anforderungen entspreche. Diese Vorschriften bezögen sich auf Art. 5 der Richtlinie, seien aber kein Ersatz für eine Umsetzung von Art. 3 der Richtlinie. Die von einem Projektträger vorzulegenden Angaben machten nur einen Teil einer UVP aus, und Vorschriften über solche Angaben seien kein Ersatz für die in Art. 3 aufgestellte Verpflichtung.

Keine Verpflichtung zur sachgerechten Abstimmung von Behörden

Auch wenn die Kommission grundsätzlich keine Einwände gegen ein mehrstufiges Entscheidungsverfahren oder die Aufteilung der Entscheidungsverantwortung für dasselbe Projekt auf verschiedene Entscheidungsträger erhebt, hat sie Bedenken in Bezug auf die konkrete Art und Weise, in der die Pflichten verschiedener Entscheidungsträger zugeschnitten sind. Die irischen Rechtsvorschriften enthielten keine Verpflichtung der Entscheidungsträger, sich wirksam untereinander abzustimmen, und verstießen deshalb gegen die Art. 2, 3 und 4 der Richtlinie.

Keine Anwendung der Richtlinie auf Abbrucharbeiten

Seien die anderen in der Richtlinie aufgeführten Voraussetzungen erfüllt, müsse für Abbrucharbeiten eine UVP durchgeführt werden. Irland habe angegeben, mit den Planning and Development Regulations 2001 (Schedule 2, part I, Class 50) nahezu alle Abbrucharbeiten auszunehmen. Dies sei ein offensichtlicher Verstoß gegen die Richtlinie.